NACHRICHTEN

Ford erlitt Schlaganfall

PHILADELPHIA: Der ehemalige US-Präsident Gerald Ford hat einen Schlaganfall erlitten. Das teilte ein Sprecher des Spitals in Philadelphia am Mittwoch mit. Ford habe den Anfall vermutlich zwei Tage zuvor erlitten, ein weiteren kleinen am Dienstag. Der Ex-Präsident müsse nun fünf Tage im Spital bleiben. Er sei ansprechbar und befinde sich in einen guten Zustand. Ford war nach seiner Teilnahme an dem Republikanischen Parteitag in Philadelphia Dienstagnacht ins Spital gebracht worden. Zunächst hiess es, er habe eine Stirnhöhlenerkrankung. Am Vormittag kehrte er ins Spital zurück.

Entscheid über blockierte Konten vertagt

PARIS: Das Appellationsgericht in Paris hat am Montag die Prüfung einer russischen Anfrage betreffend gesperrter Konten auf Montag verschoben. Die Konten waren von der französischen Justiz auf Grund eines Antrags der Genfer Firma Noga blockiert worden. Die Konten sind seit dem 18. Mai eingefroren. Die Genfer Handelsfirma hatte Russland 1991 und 1992 gegen den Verkauf von Erdöl Geld geliehen. Dieses wurde nie zurückerstattet. Nun verlangt Noga von Moskau 2,3 Milliarden Franken. Die Beschlagnahmung des russischen Segelschiffes Sedow im vergangenen Monat ist Teil dieser Geschichte. Nach einem Entscheid des Gerichtes von Brest konnte das Segelschiff jedoch den Hafen wieder verlassen. Das Einfrieren von staatlichen Gütern verletze die Konvention von Wien betreffend der diplomatischen Immunität, sagte am Mittwoch Kirill Guevorgian. Der Vertreter des russischen Aussenministeriums äusserte sich vor dem Appellationsgericht in Paris, anlässlich einer Anhörung.

Immigranten legten Feuer

HONGKONG: Bei einem Brand im Gebäude der Einwanderungsbehörde in Hongkong sind gestern 46 Menschen verletzt worden, acht von ihnen schwer. Das teilte die Regierung mit. Für das Feuer waren den Angaben zufolge Einwanderer vom chinesischen Festland verantwortlich. Sie hatten in den Räumen der Behörde im 13. Geschoss des Hochhauses eine brennbare Flüssigkeit ausgeschüttet. Als diese explodierte, erlitten unter anderem drei Beamte lebensbedrohliche Verbrennungen. Es handelt sich um den bislang folgenschwersten Zwischenfall im Streit um das Aufenthaltsrecht von Festlandchinesen in Hongkong. Seit der Übergabe Hongkongs von Grossbritannien an China vor drei Jahren suchen viele Chinesen Zuflucht in der ehemaligen britischen Kronkolonie.

Rund 14 000 Rebellen getötet

MOSKAU: Russische Truppen haben seit Ausbruch der Kämpfe in Dagestan und der benachbarten Kaukasus-Republik Tschetschenien vor knapp einem Jahr nach eigener Darstellung rund 14 000 Rebellen getötet. Knapp 13 500 seien bis zur offiziellen Beendigung des Feldzugs Mitte April dieses Jahres getötet worden, erklärte am Mittwoch der stellvertretende Generalstabschef Waleri Manilow in Moskau. Weitere 500 Rebellen seien seitdem bei Spezialoperationen getötet worden, wurde Manilow weiter von der Nachrichtenagentur Interfax zitiert. Der Feldzug im Kaukasus ist nach Moskauer Lesart eine «kontra-terroristische Operation». Die Verluste der russischen Streitkräfte im gesamten Kaukasus- Feldzug waren Ende vergangener Woche offiziell mit 2537 Toten und 8050 Verwundeten angegeben worden.

Regierungskrise in Israel spitzt sich zu

Levi reicht Rücktritt ein – Knesset für vorgezogene Neuwahlen – Barak will Friedensprozess fortsetzen

JERUSALEM: Nach den gescheiterten Nahost-Friedensgesprächen von Camp David hat sich die Regierungskrise in Israel gestern dramatisch zugespitzt. Aus Protest gegen die Zugeständnisse von Ministerpräsident Ehud Barak an die Palästinenser reichte Aussenminister David Levi am Morgen seinen Rücktritt ein. Anschliessend nahm das Parlament in erster Lesung einen Antrag der Opposition auf vorgezogene Neuwahlen an.

Die Zeit ist um: Isreals Aussenminister David Levi (links) hat gestern den Rücktritt eingereicht. Ungeachtet davon kündigte Ministerpräsident Ehud Barak (rechts) an, den Friedensprozess fortzuführen.

Ungeachtet des Drucks kündigte Barak an, den Friedensprozess fortzuführen. Levi sagte bei einer Pressekonferenz im Parlament, Barak habe den Palästinensern im vergangenen Monat in Camp David zu viele Zugeständnisse gemacht. Barak habe dort einer De-Facto-Teilung von Jerusalem zugestimmt, betonte er.

Die diskutierten Vorschläge hätten den Koalitionsvereinbarungen widersprochen, sagte Levi, der sich geweigert hatte, Barak zu dem Nahost-Gipfel zu begleiten. Die Rücktritt bedeutet eine weitere Schwächung des innenpolitisch angeschlagenen Barak, der seit seiner Rückkehr aus Camp David ohne parlamentarische Mehrheit regiert. Levi ist das bisher ranghöchste Kabinettsmitglied, das die Regierungskoalition verlässt.

Unmittelbar nach der Ankündigung Levis stimmte die Knesset in erster Lesung über einen Antrag auf vorgezogene Neuwahlen ab. Dabei stimmten 61 der insgesamt 120 Abgeordneten für den Antrag, 51 dagegen. Gegen Barak stimmten auch mehrere frühere Kabinettsmitglieder, darunter Levi selbst. Zur Verabschiedung des Antrags müssen jedoch noch drei weitere Lesungen in der Knesset abgehalten werden, was erst nach der dreimonatigen Sommerpause Ende Oktober möglich ist.

Barak selbst bedauerte den Rücktritt von Levi, bekräftigte aber, den Friedensprozess fortzusetzen. Er habe das Vertrauen der Menschen, betonte Barak. Er kündigte an, in den kommenden Wochen neue Koalitionsverhandlungen zu führen, um die Regierung zu stärken. Wegen der Möglichkeit vorgezogener Neuwahlen sei er nicht besorgt. Nach seiner Rückkehr aus Camp David war Barak wegen Berichten über Zugeständnisse an die Palästinenser heftig kritisiert worden. Barak selbst hat betont, es seien viele Vorschläge diskutiert worden, Israel habe sich aber zu nichts verpflichtet. Bis zum 13. September wollen Israel und die Palästinenser den Rahmen für ein endgültiges Friedensabkommen festlegen.

Der palästinensische Präsident Jassir Arafat hat gedroht, nach diesem Termin auch einseitig einen eigenen Staat auszurufen.

Demonstrative Unterstützung erhielt Barak nach dem Nahost-Gipfel von US-Präsident Bill Clinton. Laut Barak wollen die USA ihre Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen. Dies solle noch vor dem Ende von Clintons Amtszeit am 20. Januar geschehen, sagte Barak am Dienstag im israelischen Fernsehen. Clinton hatte zuvor indirekt den Palästinensern die Schuld am Scheitern der Gespräche gegeben und Israel die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem vorgeschlagen.

Dies würde in den arabischen Staaten als Anerkennung des israelischen Anspruchs auf die Stadt betrachtet. Der Streit über den künftigen Status von Jerusalem war einer der Hauptgründe für das Scheitern des Nahost-Gipfels. Der Ostteil der Stadt war 1967 von Israel erobert und später annektiert worden.

Entscheidung über Pinochets Immunität vertagt

Urteil gegen Exdiktator laut Anwalt und Medien aber schon gefällt

SANTIAGO: Der Oberste Gerichtshofs in Chile hat das Urteil über die Aufhebung der Immunität von Augusto Pinochet um mindestens eine Woche verschoben. Dies gaben die Richter am Dienstagabend bekannt. Ein Anwalt chilenischer Kläger, der Spanier Joan Garces, sagte jedoch am Mittwoch, die Richter hätten mehrheitlich für die Aufhebung der Immunität des Exdiktators gestimmt. Er habe dies aus sicherer Quelle in Chile erfahren, sagte Garces.

Auch mehrere chilenische und spanische Medien meldeten, die Richter hätten mit elf zu neun Stimmen für die Möglichkeit einer Strafverfolgung des 84-Jährigen entschieden. Das Gericht wolle mit der Verkündung der Entscheidung aber warten, bis das Urteil schriftlich niedergelegt sei, berichteten mehrere Rundfunksender und die Internet-Zeitung «El Mostrador» unter Berufung auf juristische Kreise. Nach Aufhebung der Immunität könnte Pinochet wegen Menschenrechtsverletzungen während seiner 17 Jahre währenden Herrschaft vor Gericht gestellt werden.

Vier Stunden lang hatten die 20 Richter am Dienstag hinter verschlossenen Türen beraten und dann eine Verschiebung der Entscheidung bekannt gegeben. «Wir haben Fortschritte gemacht, aber es war nicht möglich, eine Entscheidung zu treffen», sagte Richter Guillermo Navas.

Pinochets Anwälte werteten eine Vertagung als vorteilhaft für die Verteidigung. Die Stimmung bei den Gegnern des früheren Diktators war nach Bekanntgabe der Richter gedämpft. «Wir haben 26 Jahre auf Gerechtigkeit gewartet. Wir können auch noch eine weitere Woche warten», sagte Viviana Diaz, die auf Seiten der Opfer der Diktatur dafür kämpft, dass Pinochet der Prozess gemacht wird. In Santiago versammelten sich Anhänger und Gegner des Generals zu Demonstrationen.

Die Immunität gegen Ex-Staatschef Augusto Pinochet könnte schon bald aufgehoben werden.

154 Klagen gegen Pinochet anhängig

Pinochet hatte sich vor der Abgabe der Regierungsgewalt ein Senatorenamt auf Lebenszeit und damit Sicherheit vor Strafverfolgung in der Verfassung festschreiben lassen. In erster Instanz wurde die Immunität von einem Gericht aufgehoben. Gegen dieses Urteil hatten Pinochets Anwälte Berufung eingelegt.

Gegen Pinochet sind in Chile bisher 154 Klagen anhängig. Eine davon betrifft die so genannte «Karawane des Todes» unmittelbar nach dem Militärputsch im Herbst 1973. Dabei handelte es sich um ein Militärkommando, das laut Staatsanwaltschaft 72 politische Gefangene in mehreren chilenischen Städten ermordete. Insgesamt wurden während der Diktatur von 1973 bis 1990 laut einem offiziellen Bericht etwa 3200 Menschen ermordet oder verschwanden spurlos.

KASCHMIR

Mindestens 93 Tote

SRINAGAR: Im [illegible] Kaschmir sind bei Angriffen mutmaßlicher Moslemrebellen nach Polizeiangaben binnen weniger Stunden mindestens 93 Menschen getötet worden. Fast alle Opfer waren Hindus. Der schwerste Überfall ereignete sich in der Stadt Sahilgam und hundert Kilometer südlich von Kaschmir-Sommerhauptstadt Srinagar. Eine Gruppe Bewaffneter eröffnete [illegible] auf einen [illegible] Markt. 33 Menschen fielen dem Überfall [illegible] Polizeiangaben [illegible] Der Mann, die auf der Flucht [illegible] zur Ermordung [illegible] [illegible]